

Berichte und Kommentare

Berichte Westberliner Rechtshilfeorganisationen

Mit den beiden folgenden Berichten dokumentiert die Redaktion der KJ die Arbeit und das Selbstverständnis zweier linker Organisationen, die in Westberlin Rechtshilfeleistung leisten. Die Wiederbelebung von Rechtshilfeorganisationen zeigt, wie die Westberliner Linke gegenüber der autoritären Praxis des Justizapparats eine eigne, auch juristische, Aktionsstrategie entwickelt.

Die Tatsache der Gründung von Solidaritätsorganisationen für politisch verfolgte und die Chance erfolgreicher politischer Arbeit solcher Gruppen setzen folgendes voraus: daß die Wahrnehmung liberal-freiheitlicher Rechtspositionen noch möglich ist und der politisch-relevante Einfluß einer liberalen Öffentlichkeit noch besteht. Indem die Rote Hilfe die Realität des politischen Herrschaftssystems auf die Eindimensionalität faschistoiden Terrors reduziert, unterstellt sie politische Verhältnisse, deren Existenz Rechtshilfeleistung nicht ermöglichte.

Die Schwarze Hilfe verbindet die überwiegend defensive Rechtshilfeleistung mit einem Politisierungskonzept von gesellschaftlichen Randgruppen, ohne aber die Gründe für das Scheitern der Randgruppenstrategie im Verlauf der Studentenbewegung zu berücksichtigen.

A. BERICHT DER ROTEN HILFE WESTBERLIN

1. Zur Geschichte der Roten Hilfe Westberlin

Die Rote Hilfe Westberlin ist im Jahr 1970 entstanden – zu einem Zeitpunkt, als die Studentenbewegung an ihrem Ende angekommen war oder sich jedenfalls stark verwandelte, als aber auch die Verfolgungs- und Strafmaßnahmen der Staatsmacht gegenüber der Linken eine neue Qualität zu erhalten begannen. Die Amnestie, die im Frühjahr 1970 fast allen gewährt wurde, die im Lauf der Studentenbewegung wirklich oder angeblich gegen die geltenden Gesetze verstoßen hatten, brachte gleichermaßen die Rückversetzung der Akteure der Studentenbewegung in den Zustand bürgerlicher Reinheit (und damit ein nicht wenig erfolgreiches Mittel zur Liquidierung der Studentenbewegung) wie auch die Androhung des Ernstfalls für allen künftigen Widerstand gegen die geltende Ordnung und gegen das Gewaltmonopol bürgerlicher Herrschaft.

Diese Androhung wird seitdem wahrgemacht! Die polizeilichen und justitiellen Maßnahmen und Urteile gegen diejenigen unter den Linken, die als Zielscheibe wichtig erscheinen, haben ein Ausmaß angenommen, gegenüber dem die bekannten Ereignisse im Verlauf der Studentenbewegung (2. Juni 1967 – Ostern 1968) fast wie harmlose Vorspiele anmuten. Man vergegenwärtige sich die Schaustel-

lung der Polizeimacht bei den Notstandsübungen aus Anlaß der Verfolgung der Baader-Meinhof-Gruppe, die bei diesen Verfolgungen einkalkulierten und tatsächlich schon praktizierten Erschießungen von Verdächtigen, die Terrorurteile gegen Fritz Teufel (zwei Jahre wegen angeblich versuchter menschengefährdender Brandstiftung), gegen Heinz Brockmann (zwei Jahre wegen angeblicher menschengefährdender Brandstiftung), gegen Irene Goergens und Ingrid Schubert (vier und sechs Jahre wegen angeblicher Beteiligung an der Befreiung von Andreas Baader) und gegen Dieter Kunzelmann (über neun Jahre Knast wegen »gemeinschaftlichen, mit gemeingefährlichen Mitteln und aus niederen Beweggründen versuchten Mordes« und angeblich »menschengefährdender Brandstiftung«), sowie an die Verhaftung und kommende Aburteilung ganzer Gruppen wie der Wolfsburger Kommune oder des Heidelberger Sozialistischen Patientenkollektivs, die juristisch am einfachsten mit Hilfe des Paragraphen 129 StGB (kriminelle Vereinigung) legitimiert werden.

Die »Rote Hilfe« führt fort, was zur Zeit der Studentenbewegung von Organisationen wie dem »Zentralen Ermittlungsausschuß« und dem »Rechtshilfefond« begonnen wurde. Der Ermittlungsausschuß, der nach der Erschießung Benno Ohnesorgs gegründet wurde, erfüllte hauptsächlich folgende Aufgaben:

- a) Durchführung von Ermittlungen bei polizeilichen Übergriffen – damit verbunden die Verbreitung von Informationen über Rechtsfragen usw.
- b) Erarbeitung der politischen Analyse der Maßnahmen des Staatsapparats, und damit eng verbunden die Initiierung und Propagierung von Solidaritätsaktionen (etwa für Horst Mahler bei dem ersten Versuch der Justiz, ihn als Rechtsanwalt auszuschalten).

Obleich solche Aufgaben auch von der Roten Hilfe angegangen werden, sind die Unterschiede zur damaligen Zeit evident:

Zum einen geht es heute nicht mehr bloß darum, mit eigenen Ermittlungen gegen die Polizeiwillkür und mit Hilfe von Rechtsanwälten vor Gericht gewissermaßen den verletzten Rechtsstaat wiederherzustellen, obgleich die juristische Verteidigung der Linken wie das Öffentlichmachen und Anprangern des immer stärker werdenden Verzichts der Staatsgewalt auf rechtsstaatliche Normen eine notwendige Sache bleibt. Der Schwerpunkt der Arbeit der Roten Hilfe liegt vielmehr darin, Solidarität mit den verfolgten, verhafteten und verurteilten Genossen zu praktizieren und zu propagieren.

Zum andern ist die Situation der Roten Hilfe innerhalb der Linken anders als seinerzeit die des Ermittlungsausschusses. Denn die großen Solidaritätsdemonstrationen für die Genossen, die schon 1967/1968 von der Justiz verfolgt wurden, waren gemeinsame Sache aller damals vorhandenen Organisationen (wie SDS, RC, Asta) und waren ein nicht geringer Beitrag zur Vereinheitlichung der APO.

Ermittlungsausschuß und Rechtshilfefonds waren Einrichtungen oder Initiativen, die ihrem Anspruch nach für oder im Auftrag der APO tätig waren, und die praktisch ihre Tätigkeit beendeten, als die APO anfing, auch organisatorisch in Fraktionen und Parteigründungen zu zerfallen. Wodurch immer diese Entwicklung verursacht wurde und wie immer sie zu bewerten ist, fest steht, daß mit dem Ende des revolutionären Selbstbewußtseins der Studenten auch das Ende aller spontanen Solidarität und der aus ihr geborenen Organisationsformen gekommen war.

Daß die Gründung einer Organisation »Rote Hilfe« in Westberlin dennoch gerade in der Zeit des Auseinanderfallens der APO im Frühjahr 1970 stattfand, hat zwei spezielle Gründe:

a) der Strafprozeß gegen Horst Mahler wegen seiner Beteiligung an der Anti-Springer-Aktion Ostern 1968, der im Frühjahr 1970 stattfand.

b) die mit der Wiederentdeckung von Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung verbundene Orientierung und Anknüpfung einiger Gruppen der westberliner Linken an die Geschichte der KPD der Weimarer Zeit und damit auch an die der »Rote Hilfe Deutschlands«.

Mit der Anklage gegen Horst Mahler wegen seiner Beteiligung an der Anti-Springer-Aktion vom Abend des Tages, an dem 1968 auf Rudi Dutschke geschossen wurde, war die gerade in Auflösung befindliche APO von der Staatsmacht noch einmal vor Gericht gestellt. Die Reaktion darauf war die Gründung eines Komitees, das den Versuch machte, den Kampf gegen Justiz und Staatsapparat, der der Linken hier aufgezwungen war, als gemeinsamen Kampf der verschiedenen Gruppen zu verstehen und zu führen. Das »Komitee Solidarität für Horst Mahler« und »Initiative für Genossenschutz« verstand sich von Anfang an unter der organisatorischen Perspektive der Gründung einer »Roten Hilfe«.

Propagiert wurde die Idee einer »Roten Hilfe« in Westberlin hauptsächlich von der Fraktion der Linken, die etwa zur gleichen Zeit die »KPD/Aufbauorganisation« (heute »KPD«) gründete. Sie verstanden die Rote Hilfe als Hilfsorganisation der Kommunistischen Partei, so wie sie es in der Geschichte der Weimarer KPD vorgefunden hatten. Immerhin gestanden sie zu, daß es schwierig sei, »das Verhältnis von Hilfsorganisation, Entfaltung des Klassenkampfes, Konsolidierung revolutionären Bewußtseins und revolutionärer Partei für die nächste Etappe richtig zu bestimmen« (RPK Nr. 43/44/45 vom 19. 12. 1969, S. 13). Obwohl die Rote Hilfe, die dann gegründet wurde, prinzipiell an die Thesen der KPD/AO-Gründer anknüpfte, wurde sie dennoch auf einer pluralistischen Basis als Zusammenschluß aller »arbeitenden Gruppen« und nicht nach den Prinzipien der Kaderpolitik und der Unterordnung unter die politische Linie der Partei, wie es eigentlich für diese Initiative konsequent gewesen wäre, gegründet.

Diese Widersprüchlichkeit war dann auch ein Grund für die Spaltung der Roten Hilfe (RH) nach einem halben Jahr. Diejenigen, die sich Rote Hilfe nur »in enger Zusammenarbeit mit der Organisation, die den Aufbau der Partei vorantreibt« (gemeint: die KPD/AO) vorstellen konnten, schieden aus der Roten Hilfe aus und gründeten ein eigenes, der KPD eng verbundenes »Rote Hilfe Komitee (Rote Hilfe e. V.)«.

Hinter diesen Differenzen in Organisationsfragen oder um die Bindung an bestimmte Organisationen standen allerdings (neben leeren Glaubensbekenntnissen) reale politische Meinungsverschiedenheiten: Über die Art der Solidarität mit den von der Justiz verfolgten Genossen – über »demokratischen« und »sozialistischen« Kampf, d. h. über defensives oder offensives Verhalten im Kampf gegen Justiz und Staatsapparat, und ganz prinzipiell über die Perspektiven des Aufbaus einer Roten Hilfe als Organisation des kämpfenden Proletariats zu einem Zeitpunkt, wo die revolutionäre Linke noch immer weitgehend studentischen Charakter hat.

Die Differenzen zeigten sich z. B. deutlich im Herbst 1970, als eine Reihe von Genossen für längere oder kürzere Zeit im Knast landeten, ohne daß die Rote Hilfe in der Lage war, darauf politisch zu reagieren. Handelte es sich doch bei diesen Genossen meist um sogenannte Anarchisten, von deren Aktionen (oder jedenfalls dem, was die Staatsmacht ihnen vorwarf) einige Genossen sich längst pauschal distanziert hatten und damit die Diskussion mit ihnen beendet hatten.

So wurde erst nach der Spaltung und einer längeren theoretischen Klärung die

politische und materielle Unterstützung der verfolgten Genossen wieder zu einem zentralen Aufgabengebiet der Roten Hilfe. Das »Rote Hilfe Komitee« hält mittlerweile diese Arbeit offenbar nicht mehr für einen seiner Schwerpunkte. Die absolute Orientierung an der Politik einer einzelnen Gruppe (der KPD/AO jetzt KPD) und die falsche Theorie vom »Kampf gegen den Abbau der demokratischen Rechte« führte konsequenterweise zum Abbau der Solidarität mit den derzeit verfolgten Genossen.

Für die Rote Hilfe blieb das Problem, wie man innerhalb des Gesamtzusammenhanges der westberliner Linken die mit der Verfolgung einzelner Gruppen und Individuen durch den Staatsapparat aufgeworfenen politischen Fragen akzentuieren könne. Zunächst schienen sich zwei organisatorische Wege anzubieten: 1) Die Orientierung an einer anderen westberliner Parteigründung, der mittlerweile aufgelösten Proletarischen Linken/Parteiinitiative (PL/PI). Die Gruppe PL/PI schien deswegen ein besserer Partner als die Gruppe KPD/AO zu sein, weil sie – jedenfalls in ihren programmatischen Äußerungen – nicht den Parteaufbau als Ersatz realer Politik verkündete. So konnte man – wenn schon eine Bindung an eine »Kaderpartei« notwendig erschien – von der PL hoffen, unter ihrer Anleitung besser auf Terrorakte des Staatsapparates politisch reagieren zu können. Zugleich sollte dieser Zusammenhang eine Garantie bieten, daß die konkrete Knasthilfe sich nicht unversehens von der politischen Diskussion innerhalb der Linken isolierte und damit karitativ zu werden drohte. Und schließlich bestand die Hoffnung, auf den Spuren der PL eine Verankerung der »Roten Hilfe« im Proletariat zustande zu bringen. 2) Die Mitarbeiter der Roten Hilfe wurden noch immer nach dem Delegiertenprinzip aus möglichst vielen Gruppen und Organisationen rekrutiert, in der Hoffnung, die Gruppen zur Solidarität anhalten zu können und von diesen Gruppen politische Initiative zu bekommen.

Beide Ansätze, sich eine politische Linie quasi zu erschleichen, indem man ein formelles Prinzip des politischen Zusammenhangs praktizierte, erwiesen sich schon in dem Versuch einer Kampagne im Mai 1971 aus Anlaß des Strafprozesses gegen Horst Mahler, Ingrid Schubert und Irene Goergens wegen ihrer angeblichen Beteiligung an der Baader-Befreiung als Sackgasse: Das Delegiertenprinzip erbrachte keine Initiativen von der Basis, und die Beziehung zur PL/PI enthüllte sich als eine perverse Arbeitsteilung, wonach die Rote Hilfe gewissermaßen als Spezialorganisation für Solidaritätsfragen zu arbeiten hatte. Die so fast wider ihren Willen auf sich allein gestellte Rote Hilfe war dann auch nicht in der Lage, die von ihr initiierte und zweifellos politisch notwendige Kampagne selbständig durchzuführen.

Als Ergebnis der Mahlerkampagne und der bald danach einsetzenden Auflösung der PL/PI ergab sich für die Rote Hilfe eine eindeutige Konsequenz: *Nur als autonome Gruppe, die selbständig arbeitet und die die politischen Aufgaben, die sie sich stellt, auch selbst angeht, die außerdem ihre Funktion innerhalb der gesamten Linken und nicht bloß gegenüber einzelnen Organisationen bestimmen kann, ist die Rote Hilfe auch für die gesamte Linke nützlich und brauchbar.*

2. Zur Praxis der Roten Hilfe

Die gegenwärtige Praxis der Roten Hilfe sieht so aus:

a) Unterstützung der inhaftierten Genossen. Das Ziel dabei muß sein, daß die Genossen die Haftzeit als politische Individuen überleben, im besten Fall auch

im Knast politisch tätig sein können. Dazu gehört: Aufrechterhaltung von Kontakten durch Briefe, Informationen, Zeitschriften, Zeitungen, Bücher etc., so daß es ihnen möglich ist, die politische Entwicklung zu verfolgen und zu beurteilen. Daß schon private Briefe an Genossen von der Justiz als politische Taten angesehen werden (und damit entgegen allen Behauptungen diese Gefangenen doch als politische behandelt werden), beweisen die immer wieder verordneten Briefbeschränkungen, die in der Regel mit Arbeitsüberlastung des zensierenden Justizbeamten begründet werden (vgl. KJ 1971, 412). Dazu gehört weiter die materielle Unterstützung der Gefangenen mit Geld, Paketen, gegebenenfalls auch ihrer Familienangehörigen usw.

Welche Folgerungen aus den Kontakten der politischen Gefangenen auch mit anderen Insassen von Gefängnissen sich ergeben, ist eine in der Roten Hilfe derzeit noch weitgehend ungeklärte Frage.

Zwar ist deutlich, daß die Gefängnisse als die unmenschlichsten Unterdrückungsmittel der Herrschenden auch unter den »illegalen Kapitalisten«, die beim Versuch, es den Herrschenden gleichzutun und vom »großen Kuchen« sich ein Stückchen abzuschneiden, kriminalisiert worden sind, Gegner des Systems produziert. Dennoch hat die Rote Hilfe bislang bewußt darauf verzichtet, eigene politische Arbeit in den Gefängnissen zu versuchen.

b) Neben die direkte Unterstützung der Genossen im Knast tritt die allgemeine Unterstützung ihres Kampfes gegen die Justiz und Polizei. Das heißt zunächst bei der Prozeßvorbereitung, Materialsammlung, Erstellung von Analysen, im Notfall Übernahme der Rechtsanwaltskosten usw.; Gegenermittlungen bei Polizeimaßnahmen, z. B. die Aufklärung des Mordes an Georg von Rauch durch den Ermittlungsausschuß der Roten Hilfe. Das heißt weiter die politische Organisation von Solidaritätsaktionen und -kampagnen zur Abwehr der Maßnahmen von Justiz und Polizei.

Da es nicht möglich ist, massenhafte Solidarität mit den inhaftierten, angeklagten und verurteilten Genossen herzustellen, wenn man in ihnen mehr oder weniger zufällige Opfer der Klassenjustiz oder eines »Abbaus demokratischer Rechte« sieht, sondern Solidarität nur dann wirksam und massenhaft werden kann, wenn man sich auf die revolutionären Ziele der verfolgten Genossen bezieht, ergibt sich notwendig der Zwang zur Analyse des Kampfes dieser Genossen und der Zwang zur Analyse der Angriffe des Staatsapparates. Erst dann kann überhaupt entschieden werden, ob und in welchen Formen Solidarität möglich und notwendig ist. Nur so kann auch eine Auseinandersetzung mit der Theorie und Praxis der verschiedenen linken Gruppen geführt werden.

Wenn vom Zwang zur Analyse die Rede ist, dann ist klar, daß mit der Forderung nach Solidarität unmöglich die kritiklose, oder besser unanalytische Identifizierung mit der jeweils von oben angegriffenen Gruppe gemeint ist. Denn das hieße, die politische Linie der Linken gänzlich unreflektiert von der jeweiligen Taktik des Staatsapparates abhängig zu machen und sich der Möglichkeit zur Kritik einer politischen Linie selbst zu berauben. Mit der Forderung nach Solidarität wird nicht einfach die politische Diskussion über die Strategie der Linken ersetzt, sondern der Zwang zur Solidarität ist ein Motor dieser Diskussion. So hat auch der Begriff der »solidarischen Kritik« einen Sinn: Nicht eine in der Form verbindliche Kritik wird damit von Linken untereinander verlangt, sondern eine, die zu unterscheiden weiß zwischen »Widersprüchen im Volk« und »Widersprüchen zwischen uns und dem Feind«, die auf gar keinen Fall die Lösung der Widersprüche innerhalb der Linken dem Gegner zur Lösung überläßt. Daß dieser Zwang zur Solidarität nicht auf bloß moralischen Appellen beruht,

sondern sich aus dem blanken Selbsterhaltungstrieb aller linken Gruppen – und damit aus jeder möglichen politischen Strategie selbst – ergibt, wird weiter unten am Beispiel des Verhaltens zur Baader-Meinhof-Gruppe dargelegt.

c) Um die Information und Diskussion über all diese Dinge zu verbreiten, hat die »Rote Hilfe« zwei Publikationsorgane geschaffen:

1) einen etwa vierzehntägigen Informationsdienst, der aktuelle Nachrichten über die staatlichen Maßnahmen und die Arbeit der Roten Hilfe sowie Stellungnahmen zu aktuellen Fragen enthalten wird (die erste Nummer ist Anfang Februar 1972 erschienen).

2) eine etwa zweimonatig erscheinende Broschüre »Rote Hilfe«, in der hauptsächlich längere Materialsammlungen und theoretische Diskussionen enthalten sein werden (Nr. 1, Dezember 1972, Preis DM 2,-, Auslieferung für Westdeutschland SOVA Frankfurt, erhältlich über die linken Buchhandlungen). Durch die Existenz der Roten Hilfe allein ist das Problem, wie nun Solidarität gegen den Staatsapparat organisiert werden soll, keineswegs gelöst. Im Gegenteil: es droht immer die schon beschriebene Arbeitsteilung, daß die Rote Hilfe als Spezialorganisation mit allen Fragen der Solidarität befaßt wird, und es damit sein Bewenden hat.

3. Beispiele politischer Praxis

An der aktuellen Frage der Stellung zur Baader-Meinhof-Gruppe wird deutlich, was Solidarität im oben bezeichneten Sinn heißt: Solidarität mit den politischen Gefangenen heißt gegenwärtig Solidarität mit der Baader-Meinhof-Gruppe. Zunächst einmal deswegen, weil die Genossen nicht als Opfer der Klassenjustiz oder eines »Abbaus demokratischer Rechte« verfolgt und inhaftiert werden. Sondern sie werden verfolgt, weil sie entweder praktisch begonnen haben, das Monopol der Staatsmacht auf Gewaltanwendung zu durchbrechen oder weil sie der Staatsapparat mit dem bewaffneten Kampf zukünftiger Revolutionäre in Verbindung bringt. Es geht bei der Menschenjagd auf die Baader-Meinhof-Gruppe schon längst nicht mehr um Strafverfolgung, sondern es handelt sich um eine allgemeine Offensive gegen die gegenwärtige revolutionäre Linke und um eine Aufrüstung für den zukünftigen Klassenkampf von oben. Ihre Wirkung ist doppelt: einerseits soll tatsächlich der gesamte politische Zusammenhang, innerhalb dessen die RAF (Rote Armee Fraktion) noch existieren kann, zerschlagen werden. Zum andern gewinnt der Staatsapparat einen sehr massiven Einfluß auf die Strategiebildung innerhalb der Linken. Bis zu einem gewissen Grade ist die Trennung von »legalem« und »illegalem« Kampf von der Linken wirklich akzeptiert worden. Weit mehr noch im Sinn von Genscher & Co. verhalten sich diejenigen politischen Organisationen, die, ihren Erklärungen zufolge, Solidarität mit der Baader-Meinhof-Gruppe ablehnen, da dies gleichbedeutend sei mit der Identifizierung mit deren Praxis. Hier wird bruchlos die staatliche Rechtfertigung für die allgemeine politische Verfolgung übernommen, wonach jeder zu einer kriminellen Vereinigung hinzugerechnet werden muß, der sich mit den Zielen der RAF solidarisiere.

Wenn aber wirklich die Verfolgung der RAF die gegenwärtige Linke meint, dann muß die gesamte Linke sich gegen die Maßnahmen des Staatsapparates verteidigen. Diese Abwehr aber ist unmöglich, wenn sie bei gleichzeitiger offener Distanzierung von den eigentlich von der Verfolgung Betroffenen geschieht. Nur Solidarität mit ihnen ermöglicht auch gemeinsame Abwehr gegenüber den letzt-

hin alle betreffenden Maßnahmen. Damit aber ist Solidarität, so wie sie oben umrissen wurde, mit der Baader-Meinhof-Gruppe eine Notwendigkeit für die gesamte Linke. Und damit ist auch klar, wohin Abwehrmaßnahmen gegen die Polizeiaktionen zielen müssen, nicht gegen einen abstrakten »Abbau der demokratischen Rechte« oder gegen einen drohenden Faschismus, sondern direkt gegen die Verfolgung der Baader-Meinhof-Gruppe. Nur wenn Genscher, Neubauer & Co. daran gehindert werden, diese Jagd so fortzusetzen, besteht eine Chance, daß auch die Vorbereitung auf den Klassenkampf von oben behindert wird.

Das was die großbürgerliche FAZ als den »harten Kern der Baader-Meinhof-Sympatisanten« bezeichnet: noch nicht eingeschüchterte Journalisten, Hausfrauen, die antiautoritäre Kinderläden organisieren, katholische Priester, die nicht verleugnen, daß sie sich mit Ulrike Meinhof duzen, und Hochschullehrer, die emanzipatorische Bildungsprogramme ausarbeiten und Lehrerstudenten ausbilden, Schriftsteller, die noch unterscheiden können zwischen Jäger und Gejagten – sie alle sollen durch die Androhung staatlichen Terrors exemplarisch eingeschüchtert und bestraft werden. Besonders im Ausbildungs- und Sozialisationssektor soll die sozialistische Kritik am bestehenden kapitalistischen System durch Gesinnungsschnüffelerei und Androhung der Vernichtung der beruflichen Existenz eingedämmt werden. Genausowenig, wie wir es nicht hinnehmen können, daß durch Regierung und bürgerliche Presse eine ständige Pogromhetze gegen die RAF gemacht wird, genausowenig werden wir die Vereinzelung und individuelle Bestrafung der Angehörigen dieses sogenannten harten Kerns der Baader-Meinhof-Sympatisanten hinnehmen können.

Die Ermordung Georg von Rauchs hat die politische Lage der gesamten Linken schlaglichtartig erhellt. Mit seltener Klarheit läßt sich hier analysieren, wie Innensenator Neubauer eine mörderische Verfolgungsmethode anwenden konnte, unter Bedingungen, für die die revolutionäre Linke selbst mit verantwortlich ist. Dieser Gesichtspunkt läßt sich schon in der Rekonstruktion des Tathergangs verdeutlichen: Beamte des Verfassungsschutzes hatten die Unterkunft Georgs in der Woche vor seiner Ermordung entdeckt und am Wochenende eine größere Zusammenkunft erwartet. In der Hoffnung auf einen größeren Fang stellten sie die Falle. Diese Meldung veranlaßte die Polizeispitze, Georg und noch zwei andere Genossen, mit denen er vermutlich in Zusammenhang stand, auf die ›Tot oder Lebendig‹ Liste zu setzen, wiewohl alle betroffenen Stellen in Berlin wußten, daß Georg nicht zur RAF zu rechnen ist. Diese ›Berliner Fassung‹ des Fahndungsblattes wurde mit entsprechenden Hetzkommentaren über alle Massenmedien bekanntgegeben. Zugleich setzte Neubauer seinen Polizeiapparat ein zur größten Notstandsübung nach 1945. Wie üblich wurde dabei ein verklausulierter Schießbefehl (»Besondere Gefährlichkeit der Bande« etc.) ausgegeben. Neubauers spezifisch ›mörderische‹ Leistung ist darin zu suchen, daß er die unmittelbaren Repressions- und Liquidationschancen, die in der allgemeinen Fahndung nach der RAF liegen, wie kein anderer begriffen hat und sie konsequent auszunützen versteht: zum einen hat er einen allgemeinen politischen Zusammenhang von Terror und Hysterie hergestellt; in dem jeder Mord der Polizei, solange nur die Umstände unbekannt oder widerspruchsvoll bleiben, als Notwehr sich rechtfertigen läßt. Zum andern hat er die Jagd auf Georg und seine Genossen derart organisiert, daß mit aller Wahrscheinlichkeit eine Straßenkampfsituation herauspringen mußte. Ihm war offenbar eine Verhaftung zu wenig, ihm kam es darauf an, eine militante Gruppe im wahrsten Sinne des Wortes zu liquidieren. Sein politisches Kalkül hatte zur Voraussetzung, daß die Linke nicht mehr zu

einer gemeinsamen Reaktion fähig sei. Aus der Tatsache der weitgehenden Distanzierung der Linken gegenüber der RAF, konnte er zwei Schlüsse ziehen:

1. Daß die Fraktionierung und Auflösung der Linken in verschiedene konkurrierende Organisationen schon soweit vorangeschritten ist, daß es widerstandslos zugelassen wird, wenn andere Genossen auf die Abschußliste gesetzt werden.
2. Daß die Linke, wie gehabt, auch diese Notstandsübung über sich ergehen lassen würde.

Zu den Notstandsübungen selbst ist anzumerken: Es ist immerhin erstaunlich, daß bei den massenhaften Demonstrationen der bewaffneten Staatsmacht, einer Massenaarbeit der Herrschenden, für die es in der westberliner Geschichte kein Beispiel gibt, die Linke nur das analytische Problem sieht, welche langfristigen Absichten der Staatsapparat damit anzielen könnte und nicht das unmittelbar praktische Problem, den Bürgerkrieg von oben abzuwehren. Diese politische Apathie ist umso erstaunlicher, als mit den Großfahndungen der gesamte Lebensbereich der Linken Objekt staatlicher Willkür geworden ist. Wenn wir hier die unmittelbare Notwendigkeit betonen, den Abwehrkampf gegen die zunehmenden Notstandsübungen zu organisieren und Genscher, Neubauer & Co. zu zwingen, die Menschenjagd abzubrechen, so vergessen wir durchaus nicht, daß der Staatsapparat längerfristige Ziele verfolgt. Denn die Innenminister wissen natürlich sehr genau, daß auch die gegenwärtig gespaltene Linke allein schon durch die quantitative Breite ihrer Aktivitäten und durch den wieder zunehmenden Widerstand an der Basis tendenziell eine Gefahr darstellt. Die wirkliche Macht der revolutionären Linken ist nicht verschwunden, sie kann gegenwärtig nur durch die Konkurrenz verschiedener Führungsansprüche ihrer Organisationen nicht aktualisiert werden. Man würde sich wirklich einer Illusion hingeben, wollte man glauben, der Staatsapparat würde es auf Dauer hinnehmen, daß die Linke ihre politischen Aktivitäten, wie es gegenwärtig geschieht, auf alle Bereiche der Gesellschaft ausdehnt, selbst wenn es sich auch nur um den langsamen Organisationsprozeß der Arbeiter handelte, den die Studentenparteien propagieren. Da unter den gegenwärtigen Bedingungen des westdeutschen Kapitalismus eine reformistische Politik langfristig nicht erfolgreich sein kann, wird der Staatsapparat die zunächst einmal quantitative Verbreiterung der Basis der Linken insgesamt nicht abwarten, sondern den Klassenkampf von oben beginnen.

Die politischen Möglichkeiten einer Roten Hilfe liegen in der heutigen Situation gerade darin, daß ihre Praxis nicht unter dem Anspruch steht, sie selbst sei schon *die* Klassenkampforganisation. Sie entgeht damit der Gefahr, das politisch Notwendige in eins zu setzen mit dem, was nach dem Stand ihrer Organisation möglich ist. Indem sie davon ausgeht, daß einerseits gegenwärtig keine Organisation den Kampf wirklich durchkämpfen kann, den der Staatsapparat der gesamten Linken aufgezwungen hat, andererseits nur autonom arbeitende Gruppen wirklich reagieren können, ist sie am ehesten in der Lage, bei aktuellem Anlaß, wie der Ermordung Georgs von Rauchs die wirkliche Macht der revolutionären Linken, die vergessene Macht, die in ihrer Massenhaftigkeit liegt, zu entfalten. Das politische Ziel der RH ist demnach, die Aktionseinheit der Linken voranzutreiben. Für diese Politik kann es keine abstrakt richtige Strategie geben. Entscheidend vielmehr ist, ob eine Gruppe wie die Rote Hilfe bei gegebenem Anlaß in der Lage ist, eine richtige Initiative zu entwickeln, durch die alle Gruppen gezwungen sind, ihre bisherige Praxis zu überprüfen und zugleich das politische Gesamtinteresse der revolutionären Linken wahrnehmen.

Nach der Ermordung Georg von Rauchs war es das unmittelbare Ziel der RH, eine breite Solidarisierung zu ermöglichen. Das war notwendig, da die zwei an-

deren Genossen, die noch auf der Fahndungsliste standen, dadurch geschützt werden konnten, daß möglichst alle Gruppen solidarisch reagierten. Unter diesem aktuellen Ziel war es möglich, daß sich einander befehlende Gruppen zu einer gemeinsamen Strategiediskussion bereitfanden und gemeinsam mehrere Solidaritätsdemonstrationen organisiert wurden.

Der direkte Erfolg dieser Strategie liegt darin, daß die Rote Hilfe, durch ihre Ermittlungsarbeit sowie durch eine Politik der Aktionseinheit mit verschiedenen Gruppen verhindern konnte, daß der Mord vertuscht wurde. Teach-ins, Demonstrationen und die Verbreitung der Ermittlungsergebnisse hatten die Öffentlichkeit soweit in Bewegung gesetzt, daß Neubauer sich mit einem parlamentarischen Nachspiel auseinandersetzen mußte. Den viel wichtigeren Erfolg sollte man darin sehen, daß sich so etwas wie eine Wendung des strategischen Bewußtseins bei verschiedenen Gruppen anbahnt. Einer Politik, die auf Aktionseinheit zielt, stand bisher die Vorstellung vom übermächtigen Staatsapparat entgegen. Ihr zufolge verdoppelt und verdreifachte sich die Macht des Staatsapparates im Bewußtsein der Genossen, so daß er, als widerspruchsfrei funktionierende quasi militärische Unterdrückungsmaschine, erst in der Stunde der Revolution wirklich angegriffen werden kann. Diese Vorstellung, wohl hervorgerufen durch den Defaitismus der – für sich genommen – ohnmächtigen Organisationen und dem tatsächlichen Mangel realer Kampferfahrungen mit der Staatsmacht, machte den Staatsapparat zum abstrakten Problem der Revolutionstheorie überhaupt. Zugleich wurde geleugnet, daß zwischen allgemeiner Verwaltung, Parteien, Parlament, Regierung und Polizeiapparat Widersprüche vorhanden sind. Demzufolge gäbe es auch keine aktuelle Politik gegen den Staatsapparat, die ja schließlich im Ausnutzen und Vorantreiben dieser Widersprüche zu bestehen hätte. Vielmehr wurde die Aktualität der Maßnahmen von seiten des Staates in einem Haupt- und Nebenfronten-Mechanismus zum Verschwinden gebracht, wonach beispielsweise der Verfolgung der RAF als einem Geschehen an der Nebenfront das allgemeine politische Interesse entzogen wird. Unter diesem Gesichtspunkt sei es nicht nur politisch unsinnig, sondern sogar schädlich, wenn man gegen ›Charaktermasken‹ wie Neubauer den Kampf aufnehme, da sich an der prinzipiellen Natur des Systems dadurch nichts ändere. Wie lebensgefährlich eine solche Theorie ist, haben selbst Marxistisch-Leninistische Gruppen in Berlin während der Georg-von-Rauch-Kampagne begriffen. Als erstes praktisches Ergebnis ist die Bereitschaft mehrerer Gruppen zu werten, eine breite Front gegen Neubauer mit zu organisieren. In diesem Sinne hat sich der Untersuchungsausschuß der Roten Hilfe weitgehend als eine gemeinsame Institution der Linken erwiesen.

4. Perspektiven

Ihre zukünftigen Aufgaben sieht die Rote Hilfe Westberlin neben der Fortführung ihrer bisherigen Arbeit und den Notwendigkeiten, die sich daraus direkt ergeben, hauptsächlich in zwei Dingen:

a) Wir werden versuchen, beim Aufbau von Rote Hilfe-Gruppen in Westdeutschland mitzuhelfen. Natürlich kann es nicht darum gehen, gleich eine nationale Rote Hilfe-Organisation aus dem Boden zu stampfen, doch zeigt allein das Anwachsen der direkten Verfolgungsmaßnahmen des Staatsapparates gegenüber allen Fraktionen der Linken die Notwendigkeit Roter Hilfe. Dazu gehört auch, daß die in Westdeutschland anstehenden großen Prozesse gegen linke

Personen und Gruppen (SPK-Heidelberg!) nicht nur von einer Seite, d. h. von Staats wegen eine politische Perspektive erhalten dürfen.

b) Die weitergehende politische Perspektive der Roten Hilfe muß sein, nicht nur im justitiellen Bereich und im direkten Abwehrkampf gegen die Polizei, sondern ganz allgemein die Organisierung von Solidarität im Klassenkampf zu betreiben. Denn die auch in Westdeutschland täglich stattfindenden und in Zukunft immer stärker werdenden Unterdrückungsmaßnahmen von Kapital und Staatsapparat in allen Lebensbereichen stellen nicht automatisch die Solidarität des kämpfenden Proletariats her.

Diese Solidarität, die allein einen erfolgreichen Kampf zu führen vermag, wird auch nicht durch abstrakte Aufklärung hergestellt. Vielmehr geht es darum, daß durch solidarische Aktionen die Massenbasis des Widerstandes verbreitert und die Kampfbereitschaft vertieft wird. Rote Hilfe ist dabei ein Instrument, um der praktischen Solidarität der Kämpfenden organisierte und organisierende Form zu verleihen, um sie so zu stärken. Mit Rote-Hilfe-Organisationen müssen wir den Gedanken der Solidarität alltäglich machen. Wer für seine berechtigten Interessen eintritt, muß mit einer Roten Hilfe rechnen können.

Hierfür gibt es in der Arbeit der Roten Hilfe Westberlin erst Ansätze, wie die Einrichtung eines Rechtshilfebüros für Jugendliche, die in Kreuzberg das leerstehende Bethanien-Krankenhaus besetzt haben oder der Versand von Medikamentenspenden für Befreiungsbewegungen in Afrika als Ausdruck internationaler Solidarität.

Für die vielfältigen Formen Roter Hilfe läßt sich allerdings ein allgemeingültiger Plan nicht vorlegen, zum einen, weil die Rote Hilfe derzeit weitgehend abhängig ist von den spontanen antikapitalistischen und antiimperialistischen Kämpfen, zum anderen weil durch die Rote Hilfe das politische Selbstbewußtsein autonomer Gruppen nicht gemindert, sondern gestärkt werden soll.

*Rote Hilfe Westberlin**

Verantwortlich: Martin Schmid

B. BERICHT DER SCHWARZEN HILFE WESTBERLIN

Die Schwarze Hilfe – Berlin hat sich im Dezember 1970 gebildet, nachdem einige Genossen aus dem Knast kamen. Sie hatten während ihrer Agitation im Knast die politische und soziale Bedürftigkeit der Häftlinge erkannt. Viele haben die Funktion der Gefängnisse noch nicht verstanden. Der Gefangene hat keine heile Welt verletzt – er hat seine Welt nie als heil erlebt. Nicht der Kriminelle bedroht die Gesellschaft, sondern die Gesellschaft bedroht ihre Schwächsten mit Kriminalisierung.

60% der Gefangenen kommen aus Heimen. Sie haben den praktisch vorherbestimmten Werdegang vom zerrütteten Elternhaus, über die repressive Heimerziehung bis hin zur Endstation Knast erfahren. Sie sind chancenlos als potentielle »Verbrecher« geboren. Dem Konsumterror erlegen, dem Produktionskampf nicht gewachsen, werden sie bestenfalls zu Eierdieben, (Autoknacken, Führerscheindelikte, Betrügereien, Einbrüche, Raub, Körperverletzung), schlimmstenfalls zu Psychopathen (Mord, Triebverbrechen). Im Gefängnis sollen sie wieder

* Kontaktadresse: 1 Berlin 21, Stephanstraße 60, Tel.: 0311/354579.
Spendenkonto: Sparkasse Berlin-West Nr. 064 000 347 (Brentzel).

angepaßt werden. Mit den Strafanstalten diszipliniert das System die Randgruppen, die es selber hervorbringt. Einerseits soll der Knast durch Abschreckung konformes Verhalten bewirken, andererseits soll er bei den Inhaftierten Schuldgefühle erwecken. Schuldgefühle gegenüber dem eigentlich Schuldigen. Sie sollen bereuen! Sie werden psychisch und nicht selten auch physisch zu Krüppeln gemacht, indem sie zu minderwertigen Menschen entwürdigt werden.

Der Knast ist das brutalste Unterdrückungs- und Anpassungsinstrument des Systems, er ist der Abfalleimer der Klassenjustiz, die Endstation aller Unangepaßten, Labilen und Schwachen. Hier, wo Gewalt und Terror der Herrschenden legalisiert und institutionalisiert sind, wo die kapitalistische Gesellschaft ihre Wohlfahrtsmiene abgelegt hat, setzen wir mit unserer Arbeit ein.

Es ist die Aufgabe der Schwarzen Hilfe (SH) und der politischen Genossen im Knast, den Gefangenen klarzumachen, daß ihr Schicksal nicht individuelles Versagen, sondern gesellschaftlich bedingt ist, daß sie als Menschen »letzter Klasse« die besten Ausbeutungsobjekte sind, vor dem Knast, im Knast und nach ihrer Entlassung, daß der Kapitalismus die Kriminellen braucht und sie darum auch schafft. Daß sie Opfer dieses Systems sind, daß sie nichts mehr zu verlieren haben, daß ihre einzige Alternative ist, politisches Bewußtsein zu entwickeln und den Kampf gegen den Kapitalismus aufzunehmen.

Unsere Agitation setzt an den Bedürfnissen und Problemen der Gefangenen an. Eines dieser Probleme ist die gemeine Isolation der Gefangenen untereinander und nach außen, durch die clevere Spaltungstaktik der Bürokratie (Benachteiligung, Begünstigung, Einkaufssperren, Besuchsverbot, Briefzensur, Einbehalten der Post). Solidarität der Gefangenen untereinander und organisierte Unterstützung von außen ist der erste Schritt zum gemeinsamen Kampf. In vielen Knastanstalten gibt es bereits Knastkommunen, die sich gemeinsam wehren.

Jeder SH-Genosse arbeitet selbstständig und tritt in persönlichen Kontakt mit den Gefangenen, wobei der Kontaktwunsch immer von den Gefangenen kommt. Der SH-Genosse steht ihm nicht als politische Autorität gegenüber, sondern beide, Gefangener und SH-Genosse lernen voneinander und entwickeln ihr politisches Bewußtsein. Wir versuchen damit, den Dogmatismus zu verhindern. Es geht uns nicht darum, den Gefangenen politisch vollzuquetschen und ihn auf eine bestimmte Linie zu bringen, sondern einzig darum, daß er den gesellschaftlichen Hintergrund seiner Kriminalität erkennt. Wir informieren ihn auch möglichst pluralistisch über die linke Bewegung. Wir agitieren durch regelmäßige Briefe, Besuche, Literatur. Es ist kein Zufall, daß von fast allen Gefangenen konkrete Kampfliteratur gewünscht wird: Black Panther, Tupamaro, Stadtguerilla usw. – Sie haben es satt, unterdrückt und ausgebeutet zu werden.

Wir stehen z. Z. mit etwa 100 Gefangenen in Verbindung und unterstützen sie natürlich auch mit Rechtsberatung, Geld, Paketen und Zeitschriften, nach ihrer Entlassung mit Wohnungen und Überbrückungsgeldern. Alles was in den Knast hineingeht, wird in den Knastkommunen verteilt und fördert die Solidarität im Knast.

Wir sind nicht so illusionär zu glauben, daß jeder von uns agitierte Gefangene ein zuverlässiger Genosse wird und wissen durchaus, daß manch einer nur »absahnen« will. Wenn dies bewußt geschieht, brechen wir den Kontakt ab. Die unbewußte Wahrnehmung der Vorteile ist ja durchaus normal. Selbst wenn es nicht gelingt, den Gefangenen politisch bewußt zu machen, ist er zu einem Sympathisanten der Bewegung geworden. Erst wenn sie entlassen sind, können sie sich frei entscheiden, ob sie politisch arbeiten wollen oder nicht. Die Agitation im Knast ist nur eine Vorbereitung, die wichtigste Arbeit beginnt, wenn die von uns

betreuten Gefangenen entlassen sind. Es ist wichtig, daß sie in eine Knastkommune ziehen. Eine Knastkommune besteht aus ehemaligen Häftlingen und SH-Genossen. Durch den gemeinsamen Lebensvollzug ergeben sich ständige Diskussionen, von denen alle in der Knastkommune profitieren. Außerdem ist die Mitarbeit der Häftlinge unheimlich wichtig, weil sie am besten wissen, was im Knast getan werden muß und was man lieber weglassen sollte, damit die Gefangenen nicht zu starken Repressalien ausgesetzt sind.

Dies alles tun wir nicht als karitative Organisation. Wir haben erkannt, daß karitative Arbeit verschleiert, mildert, das System stabilisiert, daß die Widersprüche aufgedeckt und verstärkt werden müssen. Wir haben erkannt, daß wir das Lumpenproletariat organisieren müssen, damit die Herrschenden es nicht gegen uns organisieren. Deshalb beschränkt sich unsere Arbeit nicht auf den Knast, wir bereiten Stadtteilarbeit in einer Randgruppensiedlung vor. Wir werden noch mehr machen. Um zu einer politischen Kraft zu werden, müssen die Randgruppen in allen Lebensbereichen für ihre Interessen kämpfen.

Die SH versteht sich als Bestandteil der internationalen Befreiungsfront gegen jede Unterdrückung des Menschen durch Menschen. Wir wollen keine Massenpartei gründen, sondern wir wollen *politische* Aktionen vermitteln und vorbereiten. Noch können wir legal arbeiten, aber die Reaktion der Herrschenden schläft nicht. Unsere Wohnungen werden durchsucht, unsere Telefone abgehört, einige von uns wurden verhaftet, aber:

Wir kämpfen für das Volk! Wir werden siegen!

Es gibt bereits Schwarze Hilfen in Westdeutschland: SH-Köln, SH-Hamburg, SH-Hannover, SH-Wolfsburg, SH-Mainz, SH-München

Wir brauchen praktische Solidarität, d. h. Information von Gefangenen, Bücher, Zeitschriften und Geld.

*Schwarze Hilfe Westberlin**
Verantwortlich: Inge Viett

Ein Angriff auf die Freiheit von Forschung und Lehre

1. Der »Fall Seifert« und sein Kontext

Am 19. Januar 1972 behauptete der in Düsseldorf als Mitglied der sogenannten Baader-Meinhof-Gruppe angeklagte Karl-Heinz Ruhland, der hannoversche Professor Peter Brückner habe Mitglieder der Gruppe beherbergt. Der niedersächsische Kultusminister verbot Brückner daraufhin die Führung seiner Dienstgeschäfte (§ 67 Nds. Beamten-gesetz, entsprechend § 60 Bundesbeamten-gesetz). Aus Protest gegen die Suspendierung Brückners fand am 25. Januar 1972 in der TU Hannover ein teach-in statt. In dieser Veranstaltung hielt Jürgen Seifert, Professor für Wissenschaft von der Politik in Hannover, eine Rede,¹ in der er u. a. die Suspendierung Brückners kritisierte und davor

* Kontaktadresse: Inge Viett, 1 Berlin 30, Postfach 4301; Spendenkonto: Berliner Diskonto Bank, Berlin 65, Konto Nr. 240/5389, SH-Sonderkonto Viett

¹ Abgedruckt u. a. in der Deutschlandausgabe der Frankfurter Rundschau vom 10. 2. 1972; sowie in einer beim Sozialistischen Büro, 605 Offenbach, Postfach 591, erhältlichen Dokumentation (Preis 0,50 DM).